

FdM – Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Straße 13-14 * 10178 Berlin

Gerda Hasselfeldt, MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 14. Januar 2014

Offener Brief EU-Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren

Sehr geehrte Frau Hasselfeldt,

in der letzten Legislaturperiode wurde die Integrationspolitik in vielen Bereichen verbessert, z.B. durch die Schaffung des Anerkennungsgesetzes und die Initiative zur Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Auch die neu gebildete Bundesregierung sendete mit den migrationspolitischen Inhalten des Koalitionsvertrags – am Wichtigsten hier die Abschaffung der Optionspflicht – positive Signale.

Umso mehr sind wir empört und verärgert, dass die CSU in den letzten Wochen mit ihren Äußerungen die volle Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren in Frage stellt. Wir, das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen als interkulturell aufgestellter Zusammenschluss von bundesweit mehr als 150 Migrantenorganisationen, sind besorgt über die Wirkung, die diese Aussagen auf die Gesellschaft haben. In einem Land, in dem das friedliche Zusammenleben von Eingewanderten und Nicht-Eingewanderten bedauerlicherweise noch immer nicht ganz selbstverständlich ist, trifft uns diese Art der Rhetorik. Eine sachgerechte Diskussion dieses Themas ist so nicht möglich. Bitte verhindern Sie, dass auf Kosten der Migrantinnen und Migranten Wahlkampf betrieben und hier mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger gespielt wird. Wir können im Übrigen nicht verstehen, dass das Papier „Die Belange der Kommunen zukunftsfest gestalten“ im Rahmen der Klausurtagung 2014 der CSU-Landesgruppe ebenfalls mit Anklang an eine solche Rhetorik verabschiedet werden konnte.

Ein fortgesetzter Missbrauch der Freizügigkeit in Europa durch Armutszuwanderung existiert nicht. Entsprechende Behauptungen stellen eine Gruppe von Menschen unter Generalverdacht, ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland zu verlagern, mit der Absicht, hier die Sozialsysteme zu missbrauchen.

Nach unserer Erfahrung kommen diese Personen nach Deutschland, um hier zu arbeiten und ihren Familien eine neue Perspektive zu ermöglichen. Das zeigt die aktuelle Arbeitslosenstatistik deutlich: Bulgarische und rumänische Staatsangehörige sind in Deutschland unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen – lediglich 7,4 % von ihnen sind ohne Arbeit. Dagegen sind 14,7 % der Ausländer gesamt arbeitslos, die Arbeitslosenquote in der Gesamtbevölkerung beträgt 7,7 %. Auch der Bezug von Kindergeld ist bei dieser Personengruppe unterdurchschnittlich.

Zur Verhinderung des in der CSU befürchteten Missbrauchs der deutschen Sozialsysteme sind in den Sozialgesetzbüchern bereits Sanktionsmöglichkeiten verankert. EU-Bürger müssen – genau wie deutsche Staatangehörige – den Nachweis erbringen, dass sie aktiv arbeitssuchend sind. Ist ihnen dieser Nachweis nicht möglich, werden auch sie mit Sperren für den Bezug von Sozialleistungen belegt.

Den Entzug der Freizügigkeit und eine Wiedereinreisesperre ist nicht mit dem europäischen Gedanken der Freizügigkeit vereinbar. Auch verlangt das EU-Recht von den Mitgliedsstaaten ein sogenanntes ‚Mindestmaß an Solidarität‘. Durch diese Forderung ist die Inanspruchnahme von Sozialleistungen als Grund für eine Ausweisung ausgeschlossen.

Das von der CSU verabschiedete Papier vermittelt den Eindruck, dass sämtliche bundesdeutsche Kommunen von den Folgen der Armutszuwanderung betroffen sind, wobei sich die hierdurch entstandenen Probleme auf einige finanziell besonders schwache Kommunen wie Dortmund, Duisburg und Berlin beschränken.

Bei der Lösung der in Verbindung mit der Zuwanderung entstandenen Probleme muss nicht die Sanktionierung sondern Unterstützung der Personen und der betroffenen Kommunen im Vordergrund stehen, damit diese die zur Verbesserung der Lebenssituation der betroffenen Einwandererinnen und Einwanderer notwendigen Investitionen vornehmen können.

Maßnahmen der frühkindlichen Bildung, Sprachbildung in Schulen, Aufbau von Programmen zur assistierten Ausbildung und Verbesserung der Wohnungssituation würden eine langfristige Investition Deutschlands in die Zukunft darstellen, von welcher die Gesamtgesellschaft profitieren würde.

Wir möchten die Landesgruppe der CSU im Bundestag auffordern, sich von populistischer Rhetorik in aller Klarheit zu distanzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Kenan Küçük

Sprecher des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM)